

Erwachsenenbildung

300 Jahre,
300 Wörter

SCHAAN Überarztung, Grüssaugust, Demenzstrategie oder Puralackel sind Wörter, die in Liechtenstein für Aufsehen gesorgt haben. Rückwirkend auf die letzten 300 Jahre haben die Ausstellungsmachenden pro Jahr ein Wort bestimmt, das in der öffentlichen Diskussion im betreffenden Jahr wichtig war. Die Ausstellung, die am Freitag, den 5. April, um 18 Uhr im Seminarzentrum Stein Egerta in Schaan eröffnet wird, ist eine leichtfüssige Zeitreise durch die Geschichte Liechtensteins. (pr)

Aus der Region

Zwei Schwerverletzte nach Frontalkollision

LANDQUART Am Donnerstagmorgen kam es auf der A 28 zu einer Kollision mit zwei beteiligten Fahrzeugen, bei der sich drei Personen verletzt, zwei davon schwer, wie die Kantonspolizei Graubünden am Freitag mitteilte. Kurz vor halb sieben fuhr demnach ein 35-jähriger Mann auf der Nationalstrasse A 28 in Richtung Landquart. Gleichzeitig sei der 52-jährige Lenker eines Lieferwagens mit seinem 55-jährigen Beifahrer in Richtung Grüşch unterwegs gewesen, so die Polizei weiter. Die Fahrzeuge stiessen dann frontal zu-



Beim Unfall sind drei Personen verletzt worden, zwei davon schwer. (Foto: ZVG)

sammen, wobei die beiden Lenker schwer verletzt wurden, der Beifahrer mittelschwer. Sie mussten ins Spital transportiert werden. Wegen der Bergung wurde der Verkehr während zweieinhalb Stunden über die Chlusstrasse umgeleitet. (red/sda)

Umweltschutz

EFTA-Staaten erhöhen staatliche Unterstützung

VADUZ Liechtenstein, Island und Norwegen nutzen weiterhin staatliche Beihilfen zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Umweltprojekten. Alle drei haben ihre Ausgaben erhöht und 2017 insgesamt 3,3 Milliarden Euro an staatlichen Beihilfen ausgegeben. Zu diesem Ergebnis kommt der am Donnerstag veröffentlichte Anzeiger für staatliche Beihilfen der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA). Der Anzeiger umfasst die Ausgaben für Staatsbeihilfen in den drei EFTA-Mitgliedsländern bis 1. Januar 2018.

• Liechtenstein verzeichnete mit 5,22 Millionen Euro beinahe eine Verdreifachung der Beihilfen - «vor allem aus Umweltschutzgründen», hält die Überwachungsbehörde der Mitgliedsländer fest.

• Island meldete dagegen Ausgaben von 92 Millionen Euro für staatliche Beihilfen, hauptsächlich zu Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationszwecken. «Direkte Fördermittel sind das wichtigste Hilfsinstrument in Island», erklärt die ESA.

• Norwegen gibt innerhalb der EFTA mit insgesamt 3,2 Milliarden Euro aber weiterhin am meisten für staatlichen Beihilfen aus. Der grösste Teil ist laut der Überwachungsbehörde zu Umweltzwecken eingesetzt worden: 39 Prozent aller Beihilfen im Jahr 2017. Das wichtigste Beihilfeinstrument des ölreichen Landes waren übrigens Steuervergünstigungen, schreibt die ESA weiter. Diese Art der Unterstützung machte mehr als 74 Prozent aller Beihilfenausgaben aus. (red/pt)

Geschichtliche «Wahrheiten» in unruhigen Zeiten

Vortrag Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Parteienstreit und Spaltung der Bevölkerung - die 1930er- und 1940er-Jahre waren auch in Liechtenstein eine Zeit voller Probleme und Spannungen. Spannungen zwischen Eigenständigkeit und Anschluss ans Deutsche Reich. Und die Befürworter beider Seiten reklamierten die Geschichte für sich.

VON HERIBERT BECK

In Europa rangen totalitäre und demokratisch-monarchische Staaten in den 1930er-Jahren um die Vorherrschaft. Ab 1939 und in den Folgejahren herrschte Krieg zwischen den unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Systemen. Ein Krieg, von dem Liechtenstein in enger Anlehnung an die Schweiz verschont blieb. Weltanschauliche Spannungen blieben aber auch dort nicht aus, wie Historiker Peter Geiger in einem vom Haus Gutenberg organisierten Vortrag aufzeigte.

Uralte Klischees bemüht

Die ökonomischen Verhältnisse der Bevölkerung in den 1930er- und 1940er-Jahren waren schwierig und das damalige Wahlsystem bevorzugte die seit 1928 in Liechtenstein regierende Fortschrittliche Bürgerpartei relativ einseitig. Vor diesem Hintergrund waren unruhige Zeiten vorprogrammiert. Mit dem Liechtensteiner Heimatdienst, der sich 1936 mit der Volkspartei zur Vaterländischen Union zusammenschloss, und später der Volksdeutschen Bewegung entstanden neue politische Sammelbecken, die für und aus ihrer Sicht bessere Verhältnisse eintraten. «Die Sprache in den damaligen Medien war verglichen mit heute sehr direkt und gehässig», sagte Geiger. Der Liechtensteiner Heimatdienst forderte beispielsweise in der ersten Ausgabe seiner gleichnamigen Parteizeitung, das liechtensteinisch-deutsche Volkstum und die Religion zu schützen. Er warnte dementsprechend vor Juden und Rassenvermischung und bemühte mit den «Palästinaabkömmlingen» ein uraltes Klischee. Nach dem Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich im März 1938 wurde der Ton auch im Landtag kurzzeitig rauer und der damalige VU-Präsident und Abgeordnete Otto Schädler forderte gemäss Peter Geiger in einer nicht öffentlichen Sit-



Historiker Peter Geiger referierte gestern im Haus Gutenberg. (Foto: M. Zanghellini)

zung unmissverständlich eine «Befriedung», da sonst eine «Korrektur der Ereignisse» ihren Weg gehen werde. Währenddessen verlangte FBP-Vertreter Franz Josef Marxer: «Einig sein und Liechtensteiner bleiben.» Die Stimmen wurden erst versöhnlicher, als der sogenannte «Burgfrieden» zustande kam und die seither fast ununterbrochen bestehende Koalitionsregierung gebildet wurde.

1806 als Wendepunkt

Ab 1938 und vor allem mit Kriegsbeginn und den anfänglichen deut-

schen Siegen bekam dann aber die Volksdeutsche Bewegung mit ihrer Parteizeitung «Umbruch» Auftrieb und warb unmissverständlich für den wirtschaftlichen Anschluss ans Deutsche Reich. «Die nur inoffiziell geäusserte Forderung nach einem totalen Anschluss wäre Hochverrat gewesen», sagte Geiger. Die Liechtensteiner Nationalsozialisten bemühten unter anderem die alemannische Tradition des Landes und seine tausendjährige Zugehörigkeit zum 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation für sich.

Den Volksdeutschen gegenüber stand die Heimattreue Vereinigung, die den weitaus grössten Teil der Bevölkerung hinter sich vereinen konnte und für Selbstständigkeit, Anlehnung an die Schweiz und Treue zum Fürstenhaus stand. Ihre Anhänger betonten die bereits damals mehr als hundertjährige Souveränität des Landes seit eben dem Jahr 1806, seine über zweihundertjährige Zugehörigkeit zum Fürstenhaus und seine Jubiläen wie die 600. Gründungsfeier der Grafschaft Vaduz im Jahr 1942. «Damit sollte die Lebensfähigkeit Liechtenstein unter Beweis gestellt werden», sagte Peter Geiger. «Insbesondere die Feierstunde des Landtags zum 100. Geburtstag von Fürst Johann II. im Herbst 1940 wurde von Fürst Franz Josef II., dem Landtag und der Regierung geschickt zu einem versteckten, aber deutlichen Bekenntnis zur Anlehnung an die Schweiz genutzt.»

Peter Kaiser instrumentalisiert

Vor allem die Aussagen von Peter Kaiser, Historiker, Pädagoge, Liechtensteins Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und Vorkämpfer für die Volksrechte, wurden von beiden Seiten bemüht. Oft aus dem Zusammenhang gerissen und für die eigenen Zwecke interpretiert. Von den Volksdeutschen wurde mit Peter Kaiser gegen das «Gemauschel von Migranten» und für das Hören auf die eigene Stimme argumentiert, vonseiten der Heimattreuen dafür, Angelegenheiten auf ganz eigene Liechtensteiner Art zu regeln und klar für die Eigenständigkeit einzutreten. Mit dem Wechsel des Kriegsglücks und «nach der deutschen Niederlage in Stalingrad zum Jahreswechsel 1942/43 waren die NS-Anhänger in der Öffentlichkeit nicht mehr so sichtbar», hielt Peter Geiger fest. Damit überholten die historischen Ereignisse die Entwicklung in Liechtenstein am Ende und sorgten für einen innenpolitischen Frieden, der bis heute anhält.

Syrien-Konferenz: Liechtensteins Initiative zu Strafjustiz im Fokus

Beratungen Auf Einladung der EU-Aussenbeauftragten Federica Mogherini sind rund 85 Staaten und internationale Organisationen in Brüssel zu einer Konferenz über die Zukunft Syriens und der Region zusammengekommen.

Unmittelbar vor der Konferenz trafen sich die anwesenden Aussenminister auf Initiative Liechtensteins und der Schweiz zu einer Veranstaltung zum Thema «Gerechtigkeit und nachhaltiger Frieden in Syrien». Wie das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur am Donnerstag weiter mitteilte, unterstrich Aussenministerin Aurelia Frick in ihrer Eröffnungsrede die grossen Fortschritte, die in der Hinsicht gemacht worden seien: «Der Syrien-Mechanismus, der 2016 auf liechtensteinischen Vorschlag hin von der UNO-

Generalversammlung beschlossen wurde, ist heute ein zentrales Element der internationalen Bemühungen um Gerechtigkeit.» Die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini habe Aurelia Frick unterstützt und gesagt, dass ein Friede ohne Gerechtigkeit nicht möglich sei. UNO-Vertreter, Experten und Aktivisten berichteten anschliessend über laufende Bemühungen, die im Syrien-Konflikt begangenen schwersten Verbrechen strafrechtlich aufzuarbeiten.

Starkes Profil Liechtensteins

Liechtenstein geniesst den Angaben zufolge international ein starkes Profil in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit - mit einem Schwerpunkt auf dem Bereich der internationalen Strafjustiz, wo das Engagement für den Syrien-Mechanismus (IIM) besonders hervorsteche. Der in Genf angesiedelte Mechanismus sammelt Beweismaterial über Kriegsverbrechen, die in Syrien seit März 2011 begangen

«Diese Festnahmen senden ein starkes Signal an die Verbrechenopfer aus. Es darf keine Straflosigkeit für diese Taten geben.»

AURELIA FRICK
AUSSENMINISTERIN



Regierungsrätin Aurelia Frick (rechts) eröffnet die Veranstaltung «Gerechtigkeit und nachhaltiger Frieden in Syrien» neben der EU-Aussenbeauftragten Federica Mogherini. (Foto: Europäische Union)

worden sind. In Frankreich und Deutschland kam es vor Kurzem zu Festnahmen hochrangiger Tatverdächtiger. «Diese Festnahmen senden ein starkes Signal an die Verbrechenopfer aus. Es darf keine Straflosigkeit für diese Taten geben», wird Aussenministerin Aurelia Frick in der Medienmitteilung zitiert.

600 000 Franken aus Liechtenstein

Auch im neunten Jahr des Syrien-Konfliktes ist der Bedarf nach humanitärer Hilfe ungebrochen: Rund 11 Millionen Syrer sind darauf angewiesen und über 5 Millionen leben derzeit fern ihrer Heimat. An der Konfe-

renz wurden Milliardenbeträge zugesagt, um die dringend notwendige Hilfe aufrechterhalten zu können. Am Vorabend der Konferenz nahm Aurelia Frick an einem Treffen der Delegationsleiter mit syrischen Frauen teil: «Gerade in einer Zeit, in der die Weltöffentlichkeit dem Syrien-Konflikt allmählich weniger Beachtung schenkt, ist es wichtig, direkt von betroffenen Menschen zu hören. Diese Gespräche sind schwierig zu führen, aber auch sehr motivierend.» Liechtenstein stellt für das Jahr 2019 im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt insgesamt 600 000 Fr. bereit. (red/ikr)